

29**82****Union in
Deutschland**

Bonn, den 1. Oktober 1982

Ein neuer Anfang mit Bundeskanzler Helmut Kohl

Die Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und die bevorstehende Bildung einer neuen wieder handlungsfähigen Bundesregierung unter seiner Führung markieren den neuen Anfang, den unser Land so dringend braucht. Damit geht eine lange Periode der Krisen und Unsicherheit zu Ende, die unserem Volk großen Schaden zugefügt hat. Die Regierung Schmidt hat unser Land in die schwerste wirtschaftliche und soziale Krise der Nachkriegszeit geführt und darüber hinaus unsere internationale Position gefährdet und geschwächt. Die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler gibt den Menschen neue Hoffnung durch eine neue Politik.

256 Abgeordnete des Deutschen Bundestages hatten bei 235 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen für folgenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP nach Artikel 67 des Grundgesetzes gestimmt: „Der Bundestag wolle beschließen: Der Deutsche Bundestag spricht Kanzler Helmut Schmidt das Mißtrauen aus und wählt als seinen Nachfolger den Abgeordneten Dr. Helmut Kohl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundespräsident wird ersucht, Bundeskanzler Helmut Schmidt zu entlassen.“ Noch am Freitag wurde Helmut Kohl als neuer Bundeskanzler vereidigt. Am Montag wird er sein neues Kabinett vorstellen und die Regierungsgeschäfte übernehmen.

An der Regierungsunfähigkeit der SPD ist die Koalition zerbrochen

Rainer Barzel hatte den Antrag begründet: Hier muß mit aller Klarheit und Deutlichkeit festgehalten werden, daß Sie, die Sozialdemokraten, verantworten, was nun zur Rettung leider getan werden muß. Nicht die, welche den Karren aus dem Dreck ziehen müssen, sind schuld, sondern die, die ihn so weit in den Schlamm gefahren haben.

Unsere Volk arbeitet hart in allen seinen Schichten, und es leistet Großes. Es hat deshalb einen Anspruch auf eine entsprechende Politik. Mit der faulen Ausrede, regt euch nicht auf, woanders ist es schlimmer, kommt auf die Dauer keiner durch. Wie wir heute sehen, auch kein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Dieses Volk, dem wir dienen und für das zu handeln wir gewählt sind, dieses Volk hat Anspruch auf eine Regierung mit einer Mehrheit und mit einer qualitativen Leistung. Die alte Mehrheit zerbrach. CDU/CSU und FDP haben durch gemeinsame Antworten auf anstehende Fragen eine neue Mehrheit gebildet.

Wenn wir also heute einen anderen Bundeskanzler wählen, so machen wir legitimen Gebrauch vom Artikel 67 des Grundgesetzes. Auf eben diese Weise hat die SPD im Lande Nordrhein-Westfalen, das eine ähnliche Verfassung hat wie der Bund, früher die CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold und Franz Meyers ersetzt durch die SPD-Ministerpräsidenten Steinhoff und Kühn. Wir haben da nicht Verrat

gerufen, wir haben das respektiert als Demokraten, weil das Grundrecht der Gewissensfreiheit der Abgeordneten der erste Rang in diesem Staat sein muß.

Es kann niemand übersehen, und wir haben dies ja schon in früheren Debatten ausgeführt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands regierungsunfähig geworden ist. Trotzdem findet sie den traurigen Mut, auf uns zu schimpfen, die wir nun wieder in Ordnung bringen müssen, was Sie hinterlassen. Sie hinterlassen geplünderte Kassen. Sie hinterlassen Massenarbeitslosigkeit und die um die bessere Zukunft geprellten Menschen.

Aber Sie verunglimpfen uns. Sie machten krank, und nun wird man schimpfen auf die Ärzte und die Schwestern und die Pfleger, die da ankommen, um das wieder in Ordnung zu bringen. Sie sind verantwortlich für das Übel. Sie kamen, und das war Ihr lautstarkes Versprechen, um das moderne Deutschland zu bauen. Nun gehen Sie, weil Sie ein blühendes Gemeinwesen, das Sie übernahmen, in ein krisengeschütteltes Land verwandelt haben. Das ist die Lage.

Hut ab vor Genscher, der gehandelt hat

Egal, wie Sie nun darauf reagieren, ich sage von dieser Stelle: Hut ab vor Herrn Genscher, der gehandelt hat, damit nicht alles noch schlimmer wird und weiter bergab geht. Hätten Sie, Herr Bundeskanzler, mit gleicher Konsequenz und mit gleicher Härte die verabredete Politik in Ihrer Partei durchzusetzen versucht, Sie wären nicht an dem Tag, den Sie heute erleben müssen.

Wer gestern abend die Nachrichten hörte und sah, konnte unschwer erkennen, warum auch aus außenpoliti-

schon Gründen die alte Koalition zerbrach. Hier Brandt und Eppler — da Schmidt und Wischniewski. So kann Deutschland nicht gut regiert werden.

Da gibt man dem Bündnis sein Wort und kommt nach Hause und macht aus seiner Zusage ein Fragezeichen. Das ist doch keine verlässliche Politik. Auf diese Weise ist der Friede nicht sicherer geworden.

Wer die Abschreckung beschädigt, gefährdet den Frieden

Hundert sogenannte lokale Kriege mit 35 Millionen Kriegstoten gab es rund um die Welt seit dem Zweiten Weltkrieg, also nach 1945. Hier in Europa gab es das nicht, weil in seinem freien Teil unter Adenauer eine europäische Friedensordnung geschaffen wurde, die einen Krieg im freien Europa untereinander oder gegeneinander nicht nur undenkbar, sondern unmöglich macht. Und weil, auch unter Adenauer, die auf der militärischen Anwesenheit der USA beruhende Abschreckung hier Frieden sichert.

Solange wir kontrollierte Abrüstung, die wir wollen, nicht haben, brauchen wir Frieden durch Abschreckung. Wer diese Abschreckung beschädigt, gefährdet den Frieden.

Unser Platz ist nicht zwischen Ost und West. Nur aus dem Westen können wir auf Ausgleich wirken. Mit beiden Füßen im Westen stehend, wollen wir nach Osten die Hand reichen: die Hand, aber nicht das Standbein. Wer die mögliche Abrüstung verhindert oder erschwert, indem er die westliche Position unterläuft, der verhindert nicht nur die Abrüstung, der erhöht die Gefahr.

Frieden wird bleiben. Am besten ist er gesichert, wo Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen

hin und her, ihn sichern. Auch die Ostverträge gelten. Wir werden sie als Instrumente einer aktiven, nüchternen, friedfertigen Politik nutzen. Wie gesagt, die Füße fest im Westen und die Hand ausstrecken nach Osten.

Herr Bundeskanzler, Sie sagen, der Friede muß insbesondere gestiftet werden zwischen solchen Staaten, die sich gegenseitig mißtrauen und sich gegenseitig bedrohen. Wen bedrohen wir? An dieser Stelle hat der Präsident der USA gesprochen und hat feierlich versichert: Der erste Schuß wird kein NATO-Schuß sein. Wir bedrohen niemand. Dies gleichsetzen ist unerträglich, Herr Bundeskanzler.

Die neue Mehrheit steht zu einem gesicherten Frieden und zu sozialer Gerechtigkeit

Die konkreten Antworten, soweit sie nicht in den Koalitionsverabredungen schon vorliegen, wird die neue Bundesregierung, eine Koalition der Mitte, alsbald in der Regierungserklärung konkret und präzise, berechenbar, nachprüfbar, solide, verlässlich mit zukunftsweisender Perspektive hier im Hause abgeben. Und dann können wir diskutieren, und dann können wir entscheiden.

Auf die Frage der Menschen draußen: Traut ihr euch zu, einen neuen Anfang zu mehr Freiheit durch soziale Gerechtigkeit, wie zum gesicherten Frieden zu machen, auf diese Frage antworten wir gewissenhaft: Ja, wir trauen uns das zu. Mit Hilfe aller verantwortungsbewußten Deutschen. Mit dem Dienst dieser Koalition der Mitte wird Deutschland wieder dahin kommen, wohin es gehört, nach vorn. Wir wählen den neuen Anfang.

Wir müssen das Vertrauen der Bürger in unsere Demokratie neu festigen

Heiner Geißler erklärte in der Debatte: Die Wahl eines neuen Bundeskanzlers nach Artikel 67 des Grundgesetzes ist ein schwerwiegender Vorgang im Leben unseres Landes. Aber die Unionsfraktionen und die Freien Demokraten stellen diesen Antrag, weil sie der Auffassung sind, daß die jetzige Bundesregierung nicht mehr in der Lage ist, die Probleme unseres Landes zu meistern und unser Land aus der Krise herauszuführen.

Ich möchte hier sagen, welche Aufgaben diese neue Regierung zu erfüllen hat. Es geht darum:

1. das Vertrauen der Bürger in die parlamentarische Demokratie neu zu festigen,
2. unser Land aus der schwersten Wirtschafts- und Sozialkrise der Nachkriegszeit wieder herauszuführen,
3. die geistigen und moralischen Grundlagen unseres Zusammenlebens zu erneuern,
4. unserer Jugend wieder Hoffnung für eine lebenswerte Zukunft zu geben.

Herr Wehner, Sie haben von der Manipulation gesprochen. Ich sage: Wir müssen das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie neu festigen. Dieses Vertrauen der Bürger in die parlamentarische Demokratie setzt doch wohl voraus, daß alle demokratischen Parteien die Verfassung achten. Wenn das Parlament ein verfassungsmäßiges Recht, nämlich die Wahl eines neuen Bundeskanzlers für sich in Anspruch nimmt, dann darf keine demokratische Partei diesen Vorgang als kalten Machtwechsel, politischen Verrat, Kom-

plott oder Machenschaften kompromittieren.

Die SPD ist eine traditionsreiche, um unsere Demokratie verdiente Partei, doch wer gibt Ihnen das Recht, von Verrat zu sprechen, wo doch in Wirklichkeit Ihre Politik gescheitert ist? Wer gibt der SPD das Recht, von Komplott zu reden, während in Wirklichkeit sie selber, die eigene Partei, ihren Kanzler im Stich gelassen hat. Die alte Koalition ist an der Zerrissenheit, der Uneinigkeit und der Illoyalität der SPD zerbrochen.

Dieser Bundestag und niemand sonst hat Helmut Schmidt gewählt. Und dieses Parlament hat das verfassungsmäßige Recht, diesen Kanzler, wenn seine Politik gescheitert ist, wieder abzuwählen.

Wir sind für Neuwahlen im nächsten März

Wir stimmen überein, daß die Fragen der Neuwahlen zu einem wichtigen Punkt der Glaubwürdigkeit der politischen Parteien geworden ist. Wir unterscheiden uns in einem Punkt von Ihnen. Wir sind für Neuwahlen im nächsten März. Und dies aus zwei Gründen. Ihre Position kann man vertreten, niemand bestreitet dies, aber ich will Ihnen sagen, warum wir den anderen Weg für richtig halten.

1. Jeder Tag, der ins Land geht ohne eine handlungsfähige Regierung,

kostet Hunderten von Unternehmen die wirtschaftliche Existenz und Zehntausenden von Bürgern ihren Arbeitsplatz. Wir brauchen unverzüglich eine neue handlungsfähige Regierung, um die Gesundung der Staatsfinanzen sofort einzuleiten und erste Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu treffen. Aus diesem Grunde sagen wir: Am 6. März werden die Wähler über die neue Regierung und über ihr Programm durch Neuwahlen entscheiden. 2. Sie können von uns nicht verlangen, daß wir in eineinhalb Jahren bis zum regulären Wahltermin die Dinge wieder in Ordnung bringen, die Sie in den letzten Jahren hier in Unordnung gebracht haben. Wir wollen, daß die Bürger die Möglichkeit haben, über ihre Zukunft zu entscheiden. Zu entscheiden über die neue Regierung und über das neue Programm. Und Ihre Glaubwürdigkeit in dieser Diskussion würde gewaltig ansteigen, wenn Sie in den Ländern, wo Sie dies tun können, nämlich z. B. in Hamburg und Hessen, mit uns zusammen rasch Neuwahlen einleiten würden.

Aber Ton und Inhalt der sozialdemokratischen Kampagne beweisen, daß die Sozialdemokraten lautstark von ihrem Scheitern ablenken und ihre Verantwortung für die Wirtschaftskrise, die Millionen-Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Pleiten vernebeln wollen. Die Bilanz dieser Regierung ist eine Katastrophe.

Der wirtschaftliche und soziale Niedergang ist geradezu vorprogrammiert, wenn eine Regierung die schöpferischen Kräfte des Volkes und die Bereitschaft zur Leistung verschüttet und bestraft. Und dies ist in den letzten zehn Jahren der Fall gewesen. Die eigene Partei des Bundeskanzlers hat doch die psychologischen

Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft zerstört.

Auf Ihren Parteitag wurde der Gewinn als der ausbeuterische Profit des Kapitalismus diffamiert. Lange Jahre hindurch durfte doch ein Sozialdemokrat das Wort Gewinn überhaupt nicht mehr in den Mund nehmen, wenn er etwas werden wollte. Aber die Wahrheit ist auch hier eine andere. Es ist keine kapitalistische Sünde, wie die Neomarxisten behaupten, wenn Betriebe Gewinne machen, sondern es ist ein Verhängnis für die Arbeitnehmer und die Unternehmen, wenn die Unternehmen Verluste machen müssen.

Unser Volk an die neuen, auch die harten Realitäten heranführen

Mit Ihrer Politik haben Sie mindestens 1,7 Millionen Arbeitsplätze verwirtschaftet. Die über hunderttausend Konkurse seit 1973 haben sich alle im mittelständischen Bereich abgespielt, und im mittelständischen Bereich werden 75 Prozent der Arbeitsplätze vorgehalten. Wenn Sie wissen wollen, woher die Arbeitslosigkeit kommt, dann müssen Sie hier ihre Ursache suchen.

Wir brauchen eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Und die neue Regierung muß das tun, was die alte Regierung in den letzten Jahren versäumt hat: in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unser Volk an die neuen und auch an die harten Realitäten heranführen. Nur, was not tut, ist ja nicht allein der Rotstift. Die Menschen sind bereit, Opfer zu bringen. Aber wir müssen sie davon überzeugen, daß diese Opfer einen Sinn haben. Und sie müssen davon überzeugt sein, daß es gerecht zugeht in unserem Land.

Die historische Wahrheit ist die: In der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung, in der Zeit eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers ist es zu den größten sozialpolitischen Spannungen gekommen, die dieses Land seit 1949 erlebt hat.

Allein die Rentner werden durch Ihre manipulativen Entscheidungen am Rentenversicherungssystem in den nächsten zehn Jahren Einkommensverluste zwischen 10 000 und 20 000 Mark hinnehmen müssen. Dies ist die Konsequenz Ihrer Politik. Darum können wir einen neuen Anfang nur machen, wenn wir wieder neue Grundsätze beherzigen.

In einer Zeit knapper Kassen muß sich die soziale Gerechtigkeit auch dadurch bewähren, daß Bürger mit einem hohen Einkommen mit weniger Kindergeld zufrieden sind. Wer ein hohes Einkommen hat, hat kein Recht darauf, daß der Staat ihn wie einen Bedürftigen betreut.

Sie sprachen von einer Rückkehr zur Ellenbogen-Gesellschaft. Ich stelle die Frage: Wer mutet denn eigentlich den besser Verdienenden, den gut organisierten Beamten z. B. Verzicht zu: die alte oder die neue Bundesregierung? Wer ist denn immer vor denen zurückgewichen, die am lautesten geschrien haben. Sie haben es in Ihrer ganzen Regierungszeit nicht gewagt, eine einzige Sparmaßnahme gegen die Macht großer Verbände durchzusetzen.

Wir sind keine Ellenbogen-Sozialisten

In einer Zeit, in der Millionen Menschen arbeitslos sind und viele Menschen um ihren Arbeitsplatz bangen, haben Sie es nicht gewagt, von denen ein Opfer an Solidarität zu verlangen, die einen sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst haben. Wir schlagen dies vor, wir suchen das Gespräch mit den Verbänden, aber wir wer-

den uns keinem Druck beugen, wo es um die gemeinsamen Interessen aller geht. Denn wir sind keine Ellenbogen-Sozialisten, die die Belastung auf diejenigen konzentrieren, die sich am wenigsten wehren können.

Wir wollen keine Ellenbogen-Gesellschaft, aber wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen wieder den Mut bekommen, die Ärmel hochzukrempeln. Das ist immer noch besser, als wenn sie die Hände in den Schoß legen und auf den Staat warten oder aber die Fäuste gegen den Staat ballen.

Wir brauchen auch deswegen eine neue Regierung, um unserer Jugend wieder Hoffnung für eine lebenswerte Zukunft zu geben. Als die alte Regierung begann, hatte sie viele junge Menschen auf ihrer Seite. Und heute? Aussteigertum, Protest, Staatsverdrossenheit und Enttäuschung. Aber das hat eben auch seine Gründe. Sie hatten damals sozusagen regierungsamtlich gesagt: alles sei machbar, die wirtschaftliche Entwicklung sei unbegrenzt. Demokratie fange überhaupt erst an, die Vollbeschäftigung könne vom Staat garantiert werden, und das Neue sei im Prinzip eben besser als das Alte.

Und dann erleben die jungen Menschen als junge Erwachsene den Zusammenbruch dieser Vorstellung. Sie erleben jetzt Arbeitslosigkeit, Einschränkung der freien Berufswahl, Angst vor der Zukunft, Angst vor der Zerstörung der Umwelt, verbunden mit einer tiefen Enttäuschung über Reformvorstellungen und Reformversprechungen. Und dies alles bringt viele dazu, nur noch in der Auflehnung, Rebellion oder Resignation eine angemessene Reaktion gegen diese Art von Politik zu sehen.

Auch deswegen brauchen wir eine neue Regierung mit Helmut Kohl.

■ HESSEN-WAHL

Alfred Dreggers Haltung nötigte sogar den Gegnern Respekt ab

Alfred Dregger ist als Landesvorsitzender zurückgetreten. Zu diesem am Wahlabend bekanntgegebenen Entschluß erklärt der Parteivorsitzende Helmut Kohl: In dieser Stunde bekräftigt die CDU ihr Vertrauen zu Alfred Dregger und betont nachdrücklich, daß sie ihn, der maßgeblich Inhalt und Stil der Partei geprägt hat, auch in Zukunft braucht.

Nicht vergessen wird die CDU, daß unter seiner Führung die Partei in Hessen zum dritten Mal hintereinander stärkste politische Kraft geworden ist. Ohne ihn wäre dieses Ziel nicht erreicht worden. Wir alle schulden ihm Dank und Anerkennung für diese, in der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalige Leistung. Alfred Dregger hat die hessische CDU zu einer Volkspartei entwickelt, deren Stil Solidarität miteinander und Klarheit gegenüber dem politischen Gegner kennzeichnen. Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einem politischen Neuanfang, in dem wir diese Tugenden nötiger denn je brauchen. Ich bin deshalb dankbar für den Entschluß Alfred Dreggers, sich in Zukunft für die bundespolitischen Aufgaben, deren Bewältigung unsere ganze Kraft erfordert, zu engagieren. Seine Haltung ist für uns alle Beispiel und Ansporn.

Alfred Dregger selbst hat den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann als neuen Landesvorsitzenden der hessischen CDU vorgeschlagen. Die Führungsgremien der hessischen CDU haben ihn

am Montag in Fernwald bei Gießen einstimmig als Nachfolger des bisherigen CDU-Landesvorsitzenden Alfred Dregger nominiert.

Dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Milde fehlten ebenso die Worte wie dem Pressesprecher der hessischen Christdemokraten, Scherer, heißt es in einem Bericht des „Wiesbadener Kuriers“. Mit einem „nicht zu beschreibenden, lang anhaltenden, geradezu liebevollen, herzlichen Applaus“, so Scherer, habe die Partei ihrem langjährigen Vorsitzenden und Spitzenkandidaten Alfred Dregger gedankt. Der Dank galt einem Mann, der die Partei in 15 Jahren aus den Tiefen politischer Bedeutungslosigkeit hinaufführte zur stärksten Kraft im Lande. Der Bruch der Bonner Koalition und der dadurch ausgelöste Schmidt-Effekt wenige Tage vor der Hessen-Wahl machte die Hoffnungen der CDU zunichte, obwohl sich auch bei dieser Wahl der Abstand der Stimmen zwischen CDU und SPD zugunsten der Union weiter vergrößerte. Die CDU Hessen bleibt die stärkste politische Kraft im Lande.

Alfred Dregger zeigte menschliche Größe. Mit den Worten „Man muß nicht nur kommen können, man muß auch gehen können“ verabschiedete er sich als Landesvorsitzender. Keineswegs gebrochen, sondern optimistisch, was die Zukunft der Union in Hessen angeht.

Auf der Klausurtagung der CDU Hessen nach dem Wahltag stand die Vergangenheitsbewältigung im Hintergrund. Die Suche nach den Ursachen der CDU-Nieder-

lage gestaltete sich relativ einfach. Denn weder der Wahlkampf noch die Personen, weder die Sachaussagen noch der relativ offen zur Schau getragene Optimismus waren schuld an dem nicht zu erwartenden schlechten Abschneiden der Partei. Dazu Alfred Dregger: „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist ein Landtagswahlergebnis so kurzfristig beeinflusst worden.“

Er scheidet ohne jede Bitterkeit, versichert Alfred Dregger, auch wenn er seine Enttäuschung nicht verhehlen mochte. Er müsse jetzt Platz machen für einen neuen „Hoffnungsträger“, und das sei Walter Wallmann. Der konsequente Abtritt Dreggers von der Bühne der hessischen Landespolitik war verbunden mit dem Nachdenken über die Konsequenzen, die jetzt die CDU-Fraktion im Landtag zu ziehen hat.

Alfred Dregger ließ keinen Zweifel daran, daß es die von Börner erhoffte Zusammenarbeit nur unter einer Bedingung geben wird: daß nämlich bis spätestens zum 30. Juni 1983 Neuwahlen stattfinden. Dregger begründete diese Forderung der CDU mit der Feststellung, es sei zwar legal, aber nicht legitim, wenn Börner vier Jahre geschäftsführend im Amt bliebe. Genauso legal wäre es auch, wenn CDU- und FDP-Fraktion jetzt, also kurz vor Auslaufen der Legislaturperiode in Hessen, im scheidenden Landtag noch einen neuen Ministerpräsidenten wählen würden. Aber: „Wir suchen uns keine Schlupfwinkel in der Verfassung.“

Für den Fall, daß die SPD zum 30. Juni 1983 Neuwahlen zustimmt, wird die CDU die bis dahin „staatsnotwendigen Entscheidungen“ mittragen. Schon bei den Beratungen für den Haushalt '83, so machte Fraktionschef Milde deutlich, könne sich Börner aber nicht unbedingt auf die Mitwirkung der CDU verlassen. Milde: „Wir werden keine Entscheidung mittra-

gen, die nicht unserem Programm entspricht.“ Und der künftige CDU-Vorsitzende Wallmann prophezeite: „Die CDU wird weiterhin die Landespolitik geschlossen bestimmen, auch wenn sie nicht die Regierungsverantwortung hat.“

Für Hessen sieht der Frankfurter Oberbürgermeister große Schwierigkeiten in der Zukunft: „Wenn SPD und Grüne zusammenarbeiten, dann ist das eine riesige Gefahr.“ Er könne sich nämlich nicht vorstellen, wie Börner die großen Zukunftsaufgaben anpacken will.

Zur Haltung von Alfred Dregger schreibt die Presse:

Der Wahltag, der für Bundeskanzler Schmidt nicht mehr als den Gewinn einer Verschnaufpause bedeuten mag, hat Alfred Dregger um den Erfolg gebracht, als die Erfolgsaussichten am größten waren. Trotz des Mißverhältnisses zwischen der Wirkung der Niederlage für den einen und der Vorläufigkeit des Siegs für die anderen hat Dregger sich am Wahlabend als bewundernswerter Verlierer gezeigt. Man möchte hoffen, daß das stilbildend wirkt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 9. 82

Der politische Verlierer wurde zum menschlichen Sieger. Er bewies, daß es keine Stimmenfängerei gewesen war, sondern innere, ehrliche Überzeugung, wenn er in seinen Wahlkampfreden verkündete: „Die anderen demokratischen Parteien sind unsere Konkurrenten, sie sind in manchen Fragen auch unsere Gegner, aber sie sind nicht unsere Feinde, sie sind Partner im demokratischen System.“ Spätestens an diesem Sonntagabend wurde klar, daß das in früheren Jahren oft gezeichnete Bild von Alfred Dregger als dem „hessischen Django“ eine Verzerrung war.

Stuttgarter Nachrichten, 28. 9. 82

NACH DER HESSEN-WAHL

Brandt und die Grünen: Die SPD zeigt ihr wahres Gesicht

Befreit von der Rücksichtnahme auf das westliche Bündnis, das sie in weiten Teilen immer nur zähneknirschend aus Gründen ihrer Machterhaltung mitgetragen hat, driftet die der Regierungslast ledig gewordene SPD nach linksaußen. Willy Brandt zeigt die Richtung an: Er will wieder an die Macht im Bündnis mit den Grünen, den Alternativen und seinen sozialistischen Friedensfreunden — er will eine andere Republik.

Willy Brandt sagte am Abend der Hessen-Wahl im Fernsehen u. a.: „... was jetzt an neuem Auftrieb in Gang ist, muß fortgesetzt werden, indem sich die SPD, wo es geht, zusammenfindet mit den Sozialliberalen aus der FDP, mit den Arbeitnehmern, die zeitweilig irregeworden waren an der zerstrittenen Bonner Koalition, und mit den vielen aus der Friedensbewegung, aus der Umweltbewegung, die eigentlich auch soziale Demokratie gestalten wollen.“

Helmut Kohl antwortete ihm unmittelbar: „Herr Brandt, das, was Sie hier anstreben, ist eine andere Republik, damit wir uns hier im Klartext verständigen. Ich bin froh, daß das ausgesprochen ist. Sie haben ja deutlich gesagt, Sie addieren jetzt eine Mehrheit zwischen Sozialdemokraten und den Grünen, angereichert durch die Friedensbewegung. Das bedeutet im Klartext, daß diese Mehrheit mit absoluter Sicherheit das NATO-Bündnis zerstören wird, soweit es die Bundesrepublik Deutschland betrifft...“

CDU-Sprecher Wolter von Tiesenhausen erklärte dazu:

Willy Brandt spricht von der neuen Mehrheit links von der CDU. Sein getreuer Knappe, Carsten Voigt, zeigt auf, wie weit diese Mehrheit reicht: bis in die moskautreue DKP. Voigt, Vorsitzender des für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion, bekannte laut Zeitungsberichten: „Das Verhältnis zur DKP ist gut, wir teilen regelmäßig Meinungen und Standpunkte aus.“

Allerdings, so ganz scheint sich Brandts neue Bündnispolitik noch nicht durchgesetzt zu haben. Voigt: „Da machen zwar nicht alle mit, aber wir machen's auch nicht offiziell, lassen uns dabei nicht erwischen.“ Da Voigt sein Bekenntnis in Moskau ablegte und man im Kreml ein feines Gespür für die Verbindung von politischen und protokollarischen Fragen hat, fühlte sich Voigt bemüht, die offenbar als noch zu förmlich empfundene Distanz zum DKP-Vorsitzenden Mies zu erläutern: „Wir reden uns nicht mit Genossen an, aber ich bin mit Mies gut bekannt, wir sind ja per du.“

Willy Brandt hat schon deutlich gemacht, wo er mit Voigts Duzfreund von der DKP einer Meinung ist: in der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses. „Wir wollen die Raketen hier nicht haben“, verkündete Brandt. Und er macht zugleich deutlich, daß er sich von dieser Absage an die bisherige Politik der Bundesregierung Stimmengewinne bei den Linken erhofft:

„Und das werde ich auch im Bundestagswahlkampf sagen . . . ich will das Zeug hier nicht haben.“

In Moskau wird man es gerne hören; denn genau um diese Aktionseinheit hat man sich jahrzehntelang vergeblich bemüht.

Die Presse wird stutzig

Willy Brandt sieht nur noch die Möglichkeit, „links von der CDU“ eine parlamentarische Mehrheit zusammenzubringen. Auf Hessen bezogen, stimmt das rein rechnerisch. Grüne und SPD erhielten dort eine Mehrheit. Aber bei dieser Allianz müßte die SPD Prinzipien und Führungspolitiker opfern. Willy Brandt scheint das zu wollen. Er will auf Atomkraft verzichten und auch auf den heutigen Bundeskanzler Helmut Schmidt, der als europäischer „Vater der Nachrüstung“ gilt.

Wenn Willy Brandt diese lebenswichtigen Fragen der Nation übersieht, dann scheint er mit seinen Gedanken an ein Bündnis zwischen Grünen und SPD schon sehr weit zu sein.

Eifrig schaufelt der SPD-Chef die Bedenken gegen die Grünen beiseite, so als gäbe es keine andere Möglichkeit mehr, die Bundesrepublik in eine bessere Zukunft zu führen.

Wenn Brandt nur die Absicht hätte, die Grünen zurück in die SPD mit Godesberger Vorzeichen zu holen, dann würde er eine legitime Sache verfolgen. Godesberg ist mehrheitsfähig. Aber Brandt scheint diese Prinzipien aufgeben zu wollen. Er denkt wohl an „Reformen“, die weit über die Neuerungsversuche der 70er Jahre hinweggehen.

Hat Brandt vergessen, daß die meisten dieser Reformen gescheitert sind? Gescheitert nicht durch die Börsartigkeit irgendwelcher finsternen Mächte, sondern durch ihre inneren Widersprüchlichkeiten?

Königliche Rundschau, 28. September 1982

„Was nun?“ fragte Lenin, als die Revolution gelungen war. „Was nun?“ fragen auch die Sozialdemokraten — und Brandt gibt die Antwort.

Sonntagabend zeichnete Brandt im Fernsehen offen und ehrlich das Bild einer neuen SPD und einer neuen Republik. Die Linksliberalen aus der FDP gehören dazu, die Grünen (die gegen Industrie, Technik und Arbeitsplätze sind), die Friedensbewegung, die Frauenbewegung. Eine Chaos-Gesellschaft ist das. Und sie soll die neue Mehrheit bringen.

Die Grünen kündigten schon an, auch „Bonn unregierbar“ zu machen. Brandts Augen blitzten, als er seine Vision verkündete. Es hob ihn förmlich vom Sessel — ins Wolkenkuckucksheim.

Bild, 28. September 1982

Brandt hat noch am Wahlabend die Mehrheit „links der CDU“ entdeckt; jetzt kommt es nur noch darauf an, „eine Allianz zwischen der SPD, dem sozial-liberalen Flügel der FDP und auch Vertretern der Friedensbewegung und Grünen zu schaffen“. Dem Kurs des Großintegrators Brandt, dessen Äußerungen von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS ausführlich und mit Behagen zitiert wurden, scheint mittlerweile selbst Schmidt zu entsprechen. Beide umwarben auch gestern die Genscher-Gegner in der FDP und riefen zur Erneuerung des sozial-liberalen Bündnisses auf.

Grüne und Alternative werden von Brandts SPD immer offener umworben. Selbst Schmidt, der immer wieder Vorbehalte gegen großzügiges Integrieren äußerte, zeigt Interesse. Obwohl seine Politik gerade aus dieser Ecke am stärksten bekämpft wurde.

Rhein-Zeitung, 28. September 1982

■ DAS ENDE IN SCHLAGZEILEN

Das Volk gibt keinen Pfifferling mehr für diese Koalition

Den Zustand der Regierung Schmidt und der SPD/FDP-Koalition macht die Auswahl nachfolgender Schlagzeilen und Kommentarüberschriften in den ersten acht Monaten dieses Jahres deutlich. Sie war handlungsunfähig, siechte dahin und mußte abgelöst werden, wenn der Schaden für unser Volk nicht noch größer werden sollte. Schon im Jahr 1981 hatte dieses Siechtum begonnen und zu ähnlichen Schlagzeilen geführt. Es war dringend Zeit für eine Wende, für die Bildung einer neuen, handlungsfähigen Regierung.

Januar 1982

Der Konflikt in der Bonner Koalition spitzt sich zu **Die Welt, 11. 1. 1982**

Vetter rügt „Konfusion“ der Bundesregierung **Die Welt, 13. 1. 1982**

Verwirrung über Bonner Wirtschaftskurs **Frankfurter Rundschau, 20. 1. 1982**

Hamburger Kompromiß: Die SPD stimmt in der Sicherheitspolitik gegen Schmidt und Apel **Frankfurter Allgemeine, 25. 1. 1982**

Regierung narrt die Bürger **General-Anzeiger, Bonn, 29. 1. 1982**

Keine Einigung über Programmfinanzierung **General-Anzeiger, Bonn, 29. 1. 1982**

Februar 1982

Helmut Schmidt — Autoritätsverfall **Handelsblatt, 1. 2. 1982**

Der getriebene Kanzler **Frankfurter Neue Presse, 1. 2. 1982**

Die nächste Zerreißprobe **Süddeutsche Zeitung, 1. 2. 1982**

Arbeitslosigkeit nahe bei Zweimillionengrenze **Frankfurter Rundschau, 1. 2. 1982**

Vorschlagsflut aus der SPD irritiert Genscher **Die Welt, 1. 2. 1982**

Beschäftigungsprogramm wird zur Zerreißprobe der Koalition **Stuttgarter Zeitung, 1. 2. 1982**

Koalition in der Zerreißprobe **Abendpost Hamburg, 2. 2. 1982**

Koalition in Bonn quält sich weiter **Frankfurter Rundschau, 3. 2. 1982**

Die Freien Demokraten trösten sich damit, in der Koalition Schlimmeres verhütet zu haben **Die Welt, 4. 2. 1982**

Endzeit in Bonn? **Bild, 8. 2. 1982**

Die Treue zum Kanzler gerät jetzt ins Wanken **Rheinische Post, 9. 2. 1982**

Streit um Sicherheitspolitik: Neue Belastung für Koalition **Die Welt, 18. 2. 1982**

Schmidt droht im Parteivorstand mit seinem Rücktritt **Hannoversche Allgemeine, 16. 2. 1982**

Minister Apel droht mit Rücktritt
Westdeutsche Allgemeine, 17. 2. 1982

Sprengsätze für die Koalition
Stuttgarter Zeitung, 17. 2. 1982

In der SPD wächst der Unwille
gegen die FDP
General-Anzeiger, Bonn, 17. 2. 1982

Das Volk gibt keinen Pfifferling mehr
für diese Koalition Bild, 18. 2. 1982

In der Koalition wird der Umgangston
noch schärfer Die Welt, 22. 2. 1982

März 1982

SPD erwartet neuen Streit mit der
FDP Rheinische Post, 8. 3. 1982

Neues Milliardenloch in öffentlichen
Etats Süddeutsche Zeitung, 11. 3. 1982

Staatsverschuldung steigt weiter
General-Anzeiger, Bonn, 15. 3. 1982

Die Unsicherheit über den
Fortbestand der Koalition wächst
Frankfurter Allgemeine, 31. 3. 1982

April 1982

Die Koalition ist keine Wette wert
Handelsblatt, 5. 4. 1982

Letzter Kraftakt der SPD
Kölnische Rundschau, 15. 4. 1982

Kanzler sieht für SPD keine Mehrheit
Kölnische Rundschau, 15. 4. 1982

Des Kanzlers letzte Chance
Süddeutsche Zeitung, 16. 4. 1982

Moskau hält ein Zerbrechen der Bon-
ner Koalition für möglich
Frankfurter Allgemeine, 20. 4. 1982

Vor neuem Streit in der Koalition
Die Welt, 21. 4. 1982

SPD geht in der Wirtschaftspolitik
auf Konfliktkurs mit der FDP
General-Anzeiger, Bonn, 21. 4. 1982

FDP lehnt SPD-Vorstellungen ab
General-Anzeiger, 22. 4. 1982

Mutmaßungen über Bruch
der Bonner Koalition im Sommer
Die Welt, 23. 4. 1982

Die Münchner SPD-Beschlüsse
wirken wie Folterwerkzeuge auf die
FDP Die Welt, 23. 4. 1982

Alles zu spät für den Kanzler?
Stuttgarter Nachrichten, 28. 4. 1982

Mai 1982

Verheugen: Mit der SPD geht es
rasend bergab
Kölnische Rundschau, 3. 5. 1982

Bonn erwartet den Wechsel im
Frühherbst
Allgemeine Zeitung, Mainz, 30. 4. 1982

Koalition der Siechen
Kölnische Rundschau, 6. 5. 1982

FDP: Münchner SPD-Beschlüsse sind
Gift Stuttgarter Nachrichten, 7. 5. 1982

Brandt wirft den Freien Demokraten
Unsachlichkeit vor
General-Anzeiger, Bonn, 12. 5. 1982

Juni 1982

Koalitionsstreit um Etat verschärft
General-Anzeiger, Bonn, 1. 6. 1982

SPD und FDP streiten über Lage der
Finanzen Süddeutsche Zeitung, 2. 6. 1982

SPD belehrt Genscher über die FDP
Die Welt, 13. 6. 1982

Koalition auf der Kippe
Die Zeit, 11. 6. 1982

SPD droht mit „härterer Gangart“
Frankfurter Rundschau, 14. 6. 1982

SPD und FDP in tiefen Zweifeln
Die Welt, 14. 6. 1982

Die Schuldenmacher
Frankfurter Allgemeine, 16. 6. 1982

Marodes Bündnis
Kölnische Rundschau, 30. 6. 1982

Vor dem nächsten Rentendebakel
Frankfurter Allgemeine, 30. 6. 1982

Juli 1982

Brandt zieht jetzt die Grünen
als Partner ins Kalkül Die Welt, 5. 7. 1982

Brandt umarmt die Grünen —
Todesstoß für FDP? Bild, 5. 7. 1982

Koalition streitet wieder
Kölnische Rundschau, 5. 7. 1982

Der SPD laufen die Mitglieder davon
Frankfurter Allgemeine, 13. 7. 1982

Bonner Etatbeschlüsse reißen Gra-
ben zwischen Gewerkschaften und
SPD auf Westfälische Rundschau, 13. 7. 1982

Bremens Sozialdemokraten gehen auf
Distanz zur Bundesregierung
Frankfurter Allgemeine, 13. 7. 1982

Finanzpolitik: Zahlen der Regierung
sind schon Makulatur
Handelsblatt, 15. 7. 1982

Das Bonner Drama geht weiter
Frankfurter Allgemeine, 19. 7. 1982

Die Bonner Koalition ist an ihrer
Maßlosigkeit gescheitert
Handelsblatt, 21. 7. 1982

August 1982

Mehr als 1,7 Millionen Arbeitslose im
Juli
Frankfurter Allgemeine, 5. 8. 1982

Noch höhere Staatsverschuldung
ins Auge gefaßt
Frankfurter Allgemeine, 16. 8. 1982

Neuer Koalitionsstreit bahnt sich an
Frankfurter Rundschau, 16. 8. 1982

DGB-Führung gegen SPD-Forderungen
Die Welt, 17. 8. 1982

Genscher: Nicht die Leibeigenen der
SPD Stuttgarter Nachrichten, 23. 8. 1982

Koalitionsclima weiter abgekühlt
Rheinische Post, 23. 8. 1982

FDP: Die SPD bricht ihr Versprechen
Süddeutsche Zeitung, 24. 8. 1982

In der Koalition knirscht es
Hannoversche Allgemeine, 26. 8. 1982

Koalition vertagt Entscheidungen
Frankfurter Rundschau, 26. 8. 1982

Koalition beginnt Arbeit mit Streit
Kölnische Rundschau, 26. 8. 1982

In der SPD Uneinigkeit über das
Verhältnis zur FDP
Frankfurter Allgemeine, 27. 8. 1982

Will Brandt seine Partei
auf Oppositionsrolle einstimmen?
Die Welt, 30. 8. 1982

Der Ton zwischen den Koalitionspart-
nern verschärft sich
Frankfurter Allgemeine, 31. 8. 1982

Der Ton zwischen den Koalitionspart-
nern verschärft sich
Frankfurter Allgemeine, 31. 8. 1982

Der Ton zwischen den Koalitionspart-
nern verschärft sich
Frankfurter Allgemeine, 31. 8. 1982

September 1982

Offener Krach in Bonn
Kölnische Rundschau, 2. 9. 1982

Zwischen SPD und FDP treten die
Gegensätze in der Steuerpolitik wie-
der offen zutage
Süddeutsche Zeitung, 8. 9. 1982

Brandt fordert den Sturz Lambsdorffs
Rheinische Post, 15. 9. 1982

Macht Schluß!
Stuttgarter Zeitung, 16. 9. 1982

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Auftakt-Aktion Bundeskanzler Helmut Kohl

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt. Grund genug für die CDU, jetzt selbstbewußt in die Offensive zu gehen und bundesweit bei der Bevölkerung um Unterstützung für die Regierung Helmut Kohl und die gemeinsam zu lösenden schwierigen Aufgaben zu werben. Als erste Maßnahme hat die Bundesgeschäftsstelle zum Wochenende bereits ein Telegramm-Flugblatt an alle Kreisverbände geschickt, das nebenstehend abgebildet ist. Es wird von den Verbänden bereits in einer hohen Auflage verteilt, kann aber auch in den kommenden Tagen noch weiter eingesetzt werden.

Die „Auftakt-Aktion Bundeskanzler Helmut Kohl“, die wir mit diesem Telegramm-Flugblatt gestartet haben, wird jetzt mit einem Paket weiterer Maßnahmen und Werbemittel weitergeführt:

■ Mitte nächster Woche wird in ausgewählten Tageszeitungen eine Anzeige der CDU erscheinen.

■ Das Deutsche Monatsblatt wird ab Montag (4. Oktober) an alle Mitglieder mit ausführlichen Informationen ausgeliefert.

■ Eine 4seitige Extraausgabe dieses Monatsblattes, die zur Verteilung an die Haushalte bzw. bei Canvassing-Aktionen geeignet ist, wird ab Montagmorgen (4. Oktober) an die Kreisgeschäftsstellen ausgeliefert. Bitte wenden Sie sich an Ihre Kreisgeschäftsstelle, um die für Ihre Aktionen notwendigen Exemplare zu erhalten. Diese Extraausgabe ist eine einmalige Aktion und kann beim IS-Versandzentrum nicht nachbestellt werden.

■ Ab Mittwoch dieser Woche (6. Oktober) ist beim Versandzentrum ein Flugblatt mit einem Bild von Bundeskanzler Helmut Kohl vorrätig und kann dort sofort bestellt werden. Auch hiervon erhalten die Kreisverbände eine größere Grundausrüstung, die ab Freitag (8. Oktober) bei den Kreisgeschäftsstellen sein wird.

■ Ebenfalls ab Mittwoch (6. Oktober) kann beim IS-Versandzentrum ein Plakat in der Größe DIN A1 mit Bundeskanzler Helmut Kohl bestellt werden.

■ Darüber hinaus eignen sich für Ihre Aktionen der Helmut-Kohl-Prospekt „Mut zur Verantwortung“, die Autogrammkarte Helmut Kohl und der Aufkleber Erkennungszeichen schwarz/rot/gold, die ebenfalls im IS-Versandzentrum für Sie bereitliegen.

Flugblatt mit einem Bild von Bundeskanzler Helmut Kohl

Mindestabnahme: 500 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 21,50 DM

Bestell-Nr.: 1344

Plakat DIN A1 mit Bundeskanzler Helmut Kohl

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 14,50 DM

Bestell-Nr.: 8345

Prospekt Helmut Kohl „Mut zur Verantwortung“

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 14,50 DM

Bestell-Nr.: 2243

Autogrammkarte Helmut Kohl

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 120,— DM

Bestell-Nr.: 0504

Aufkleber Erkennungszeichen schwarz/rot/gold

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 12,— DM

Bestell-Nr.: 9528

Helpen Sie mit, daß durch möglichst viele Aktionen die Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler ein erfolgreicher Auftakt für eine CDU-geführte Bundesregierung wird.

Zur Sache:

Mit Bundeskanzler Helmut Kohl: Ein neuer Anfang ist gemacht. Jetzt können wir die Krise meistern.

Auch wenn die SPD und ihr Linksbündnis wütende Parolen hämmern: Helmut Kohl ist von der Mehrheit des Deutschen Bundestages zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden.

Die neue Bundesregierung tritt ein schweres Erbe an:

- Die SPD hat Massenarbeitslosigkeit hinterlassen.
- Die SPD hat gigantische Staatsschulden aufgetürmt.
- Die SPD hat die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland ins Zwielficht gerückt und den Verteidigungswillen erschüttert.
- Die SPD hinterläßt bei vielen Bürgern, insbesondere in der jungen Generation, eine tiefe Unsicherheit über ihre Zukunft.

Die Regierung Helmut Kohl wird klare Zeichen setzen:

- Sie wird die Partnerschaft nach außen festigen.

- Sie wird die Gesundung der Staatsfinanzen einleiten.
- Sie wird erste Entscheidungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit treffen.
- Sie wird für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht arbeiten und den sozialen Frieden sichern.

Helmut Kohl wird als Bundeskanzler die politischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß am 6. März 1983 ein neuer Bundestag gewählt werden kann. Bei dieser Bundestagswahl entscheiden die Bürger über die neue Regierung und ihr Regierungsprogramm: für aktive Friedenssicherung, für wirtschaftliche Gesundung, für sozialen Frieden.

Unsere Aufgaben sind nicht leicht. Und sie sind nicht von heute auf morgen zu lösen. Jahre harter Arbeit liegen vor uns. Aber anfangen müssen wir jetzt. Mit klarem Kurs meistern wir die Krise.

CDU

II sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

**Bestellung an
 IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold**

Besteller und Versandanschrift	Der Versand soll erfolgen (bitte ankreuzen) <input type="checkbox"/> Normalversand <input type="checkbox"/> Eilzustellung (Gegen gesonderte Berechnung)
---------------------------------------	---

Best.-Nr.	Anzahl	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Preis
1344		Flugblatt „Bundeskanzler Helmut Kohl“	
8345		Plakat „Bundeskanzler Helmut Kohl“ Format DIN A1	
2243		Prospekt Helmut Kohl „Mut zur Verantwortung“	
0504		Autogrammkarte Helmut Kohl	
9528		Aufkleber Erkennungszeichen schwarz/rot/gold	

Datum	Stempel	Unterschrift
-------	---------	--------------

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50).
 Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

